

## POLITISCHE BILDUNG ALS PFLICHTFACH IN SCHULEN

Sehr geehrter Herr Minister,

die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere im digitalen Zeitalter, machen deutlich, dass junge Menschen heute mehr denn je befähigt werden müssen, sich reflektiert, verantwortungsbewusst und aktiv in demokratische Prozesse einzubringen. Politische Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle. Verschiedene europäische und nationale Institutionen sowie Expertengremien betonen übereinstimmend die Notwendigkeit, politische Bildung strukturell zu stärken. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung politischer Bildung als Pflichtfach in Schulen ein konsequenter und notwendiger Schritt, um langfristig eine stabile, demokratische und resiliente Gesellschaft zu sichern.

Die Bedeutung politischer Bildung wird auf europäischer Ebene klar hervorgehoben. In den Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten zu einer Gemeinschaft junger Menschen in Europa auf der Grundlage europäischer Werte für ein gemeinsames und sicheres Europa<sup>1</sup> wird ausdrücklich gefordert: „**Einführung der politischen Bildung als Pflichtfach in der formalen Bildung** mit einem umfassenden Lehrplan, der in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen erstellt und umgesetzt wird. Damit sollte die staatsbürgerliche Verantwortung geschult und die europäischen Werte, die Zivilgesellschaft, kritisches Denken, die demokratische Teilhabe und die Rolle demokratischer Institutionen gefördert werden.“ Dieses Dokument unterstreicht nicht nur die Relevanz politischer Bildung, sondern definiert auch konkrete Zielsetzungen, die für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften essenziell sind.

Diese Position wird durch den Bericht zur Jugendkonferenz im Rahmen des EU-Jugenddialogs<sup>2</sup> in Lublin 2025 bekräftigt. Dort heißt es: „**Introducing civic education as a mandatory subject in formal education**, with a comprehensive curriculum, delivered and created in cooperation with non-governmental organisations. This should nurture civic responsibility, promote European values, civil society, critical thinking, democratic participation, and the role of democratic institutions.“ Die Übereinstimmung beider Quellen zeigt deutlich, dass es sich nicht um eine isolierte Forderung handelt, sondern um einen breit getragenen europäischen Konsens.

Auch auf nationaler und regionaler Ebene wird die Notwendigkeit umfassender Bildungsmaßnahmen im Kontext digitaler Entwicklungen hervorgehoben. So fordert ein Resolutionsvorschlag des Parlamentes der Deutschsprachigen Regierung zur Regulierung sozialer Medien<sup>3</sup> unter anderem, „**Medien-, Digital- und KI-Kompetenz nachhaltig zu stärken**, indem einerseits bestehende Programme zur Medienbildung, Suchtprävention, Jugendarbeit und Elternberatung ausgebaut und andererseits

---

<sup>1</sup> Siehe: [Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten zu einer Gemeinschaft junger Menschen in Europa auf der Grundlage europäischer Werte für ein gemeinsames und sicheres Europa](#) (S. 4)

<sup>2</sup> Siehe: [euyd11-eu-youth-conference-report-lublin-eu-pl-pre.pdf](#) (S. 16)

<sup>3</sup> Dieser Resolutionsvorschlag wird Ende März im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Plenarsitzung besprochen. Der RDJ wurde im September 2025 zu diesem Resolutionsvorschlag befragt und aus diesem Grunde liegt dem RDJ der finale Entwurf des Resolutionsvorschlags vor.

gezielte Bildungs- und Aufklärungsinitiativen für Jugendliche, Eltern sowie Pädagogen entwickelt und gefördert werden.“ Diese Forderung verdeutlicht, dass politische Bildung untrennbar mit Medienkompetenz verbunden ist. Ohne ein fundiertes Verständnis politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge können junge Menschen digitale Inhalte nicht angemessen einordnen.

Ergänzend dazu zeigt der Bericht zu den Umfragen im Rahmen des EU-Jugenddialogs (2025)<sup>4</sup>, dass diese Forderung auch **direkt von jungen Menschen selbst ausgeht**. Dort wird festgestellt, dass es „widespread calls for improvements to civic education and teaching about Europe“ gibt. Besonders hervorgehoben wird der Bedarf an vertiefter Bildung zu Themen wie der Funktionsweise der EU-Institutionen, der Rolle und Arbeit von Abgeordneten, den Einflussmöglichkeiten junger Menschen auf politische Entscheidungsprozesse, ihren Rechten und Pflichten sowie zur europäischen Identität, Geschichte und Kultur. Der Bericht betont ausdrücklich, dass der Schwerpunkt auf der **Verbesserung politischer Bildung innerhalb der Schulen** liegen soll, entweder als eigenständiges Fach oder integriert in bestehende Lehrpläne. Diese Rückmeldungen zeigen klar, dass junge Menschen nicht nur Adressaten politischer Bildung sind, sondern diese aktiv einfordern. **Eine schulische Verankerung als eigenständiges Pflichtfach entspricht somit unmittelbar den Bedürfnissen und Erwartungen der jungen Generation.**

Diese Einschätzung wird durch aktuelle gesellschaftliche Debatten weiter gestützt. Ein Artikel im Grenz-Echo vom 23.03.2026 zur Umfrage der Jugendinfo betont, dass ein pauschales Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige zu kurz greift. Stattdessen plädiert Jugendinfo Ostbelgien für einen ganzheitlichen Ansatz, der „**die Stärkung von Medienbildung und Prävention**, eine engere Begleitung durch Eltern und Bezugspersonen, mehr Verantwortung seitens der Plattformbetreiber, die Einbeziehung der Perspektiven von Jugendlichen sowie eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung und Evaluation“ umfasst. Diese Perspektive macht deutlich, dass Bildung der Schlüssel ist, um junge Menschen nachhaltig zu schützen und zu befähigen, anstatt sie lediglich durch Verbote einzuschränken.

Auch der Hohe Gesundheitsrat Belgiens spricht sich klar gegen rein restriktive Maßnahmen aus und fordert stattdessen einen umfassenden Ansatz. In seiner Stellungnahme aus Dezember 2025<sup>5</sup> heißt es: „Rather than an unspecific ban targeting all youth, it is thus necessary to provide a **comprehensive approach. [...] it is essential that prevention and support measures combine awareness and education [...]** as well as regulation and accountability of platforms.“ Besonders hervorzuheben ist hier die zentrale Rolle von Bildung und Aufklärung als Grundlage jeder wirksamen Strategie. Politische Bildung kann genau diese Funktion erfüllen, indem sie nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Urteilsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und gesellschaftliches Engagement stärkt.

Die angeführten Quellen zeigen eindeutig, dass die Einführung politischer Bildung als Pflichtfach keine isolierte Forderung einzelner Akteure ist, sondern auf einem breiten Konsens verschiedener europäischer Institutionen, politischer Initiativen und wissenschaftlicher Expertengremien basiert. Sie alle betonen die zentrale Rolle von Bildung bei der Förderung demokratischer Werte, kritischen Denkens und verantwortungsvoller Teilhabe, insbesondere im digitalen Kontext.

---

<sup>4</sup> Siehe: [EUJD11 Results of the Consultation Phase: Connecting the EU with Youth](#) (u.a. S. 7, 13, 19, 23)

<sup>5</sup> Siehe: [uUVAD9pK8cmkUhJ8pxEH5IgKblxr9IwJVvn6eI6UCi83d.pdf](#) (S. 96)

Eupen, den 27. März 2026

Angesichts dieser klaren wissenschaftlichen Grundlage ist es nicht mehr ausreichend, politische Bildung als optionales Element des Bildungssystems zu behandeln. Vielmehr muss sie als verbindlicher Bestandteil schulischer Bildung verankert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle jungen Menschen unabhängig von ihrem Hintergrund die notwendigen Kompetenzen erwerben, um sich in einer komplexen und zunehmend digital geprägten Welt orientieren und aktiv an der demokratischen Gesellschaft mitwirken zu können.

Die Position des RDJs daher eindeutig: Die Einführung politischer Bildung als Pflichtfach ab dem ersten Sekundarschuljahr ist kein optionaler Reformschritt, sondern eine bildungspolitische und gesellschaftliche Notwendigkeit.